

Auszug aus Grundrisse bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/wem-gehört-der-acker.html>)

erstellt am: 2. Oktober 2020

Datum dieses Beitrags: März 2014

Wem gehört der Acker?

Gemeinsame Produktionsmittel als notwendige Erweiterung von CSA: für eine Solidarische Landwirtschaft

■ ANDREAS EXNER

Seit einigen Jahren werden auch in deutschsprachigen Ländern Bewegungen für eine Solidarische Landwirtschaft stärker sichtbar. Am prominentesten in dieser Hinsicht ist wohl der CSA-Ansatz, zumindest ein erster Schritt in diese Richtung. CSA steht für das englische Community Supported Agriculture, wörtlich übersetzt also eine von der Gemeinschaft unterstützte Landwirtschaft. Wo liegen ihre Potenziale, wo die Grenzen – und wie könnte eine Perspektive für eine solidarische Landwirtschaft in Mitteleuropa aussehen?

CSA: eine ungleiche Beziehung

CSA hat keine einheitliche Definition. Die Ansätze und Projekte, die unter diesem Titel diskutiert werden, eint vor allem der Versuch, Lebensmittel anders als üblich zu produzieren und zu verteilen. Die meisten CSA-Projekte gehen von der Arbeitsteilung zwischen einem bäuerlichen Betrieb und den Konsumierenden aus. Diese Arbeitsteilung wird zwar im Verlauf der Entwicklung vieler Projekte mehr oder weniger verändert. Dennoch lohnt es sich, zuerst einmal das Verhältnis der Motive dieser beiden Gruppen zu betrachten, die für die meisten CSA-Projekte konstitutiv bleiben. Die folgende Auflistung stützt sich unter anderem auf die Beiträge der rund 70 Teilnehmer*innen des Workshops „Von der CSA zum Flächenfreikauf?“ beim Solidarökonomie-Kongress in Wien im Fe-

bruar 2013.

Die vorrangigen Motive der Konsumierenden eine CSA zu bilden sind demnach:

- Erhalt kleinbäuerlicher Landwirtschaft und ökologische Bewirtschaftungsmethoden; Teilung des Produktionsrisikos; Abnahmegarantie für die Produzierenden; Übernahme von Verantwortung für die Produktion
- Gesunde Lebensmittel und regionale Produktion, die selbst überprüft werden kann
- Mehr Bezug zu Landwirtschaft, Boden und Menschen
- Mehr Solidarität zwischen den Konsument*innen; Umverteilung; mehr Krisensicherheit und soziale Gleichheit; Eigenproduktion; Befriedigung von Grundbedürfnissen abseits des Marktes
- Mehr Mitsprache im Betrieb; Aufhebung der Trennung zwischen Konsumierenden und Produzierenden; Entkoppelung von Preisen und Produkten
- Schaffung eines Experimentierendes für alte Sorten; Verringerung des Effizienzdrucks, der auf der Landwirtschaft lastet
- Bewusstseinsbildung

Zusammengefasst geht es vor allem um soziale und politische Motive. Individuelle Lebensqualität wie etwa der Wunsch nach guten Lebensmitteln spielt ebenfalls eine Rolle. Sofern es sich nicht um Nischenprodukte handelt, so etwa die Sortenraritäten der GELA Ochsenherz [1] in Wien, sind diese Motive

wohl auch durch Bioprodukte im Supermarkt zu erfüllen und insofern eher zweitrangig.

Anders gelagert sind die Motive der Produzierenden, wenn man einmal diejenigen CSA-Projekte betrachtet, die nicht mehr oder weniger kollektiv gestaltet werden wie in Ansätzen nicht-kommerzieller Landwirtschaft. Für herkömmliche Produzent*innen, die ein Geldeinkommen erwirtschaften wollen und auch müssen, besteht das Motiv vorrangig im Erhalt des Betriebs durch:

- Absatzsicherung mittels Kund*innen-Bindung und Marketing durch Imagevorsprung
- Risikostreuung und Vorfinanzierung

Weitere Motive können die erhöhte Wertschätzung der eigenen Arbeit und ihrer Produkte, aber auch die Befriedigung durch den Kontakt mit den Konsumierenden sein. Doch in den meisten Fällen, so ist anzunehmen, stehen die monetär-ökonomischen Motive klar im Vordergrund. Dies deshalb, weil ein Agrarbetrieb in einer Marktwirtschaft aus strukturellen Gründen zuerst einmal ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften muss. Alle anderen Anliegen, die Freude am Tun zum Beispiel, können erst in zweiter Linie zum Tragen kommen.

Während die Konsument*innen ausschließlich am Gebrauchswert interessiert sind, müssen die Produzent*innen in einer Marktwirtschaft das Augenmerk folglich zuerst auf den Tauschwert ihrer Produkte legen. Die Motivlagen der Konsumierenden sind also von denen der Produzierenden deutlich verschied-

den. Während die Konsumierenden Solidarität mit den Produzent*innen üben wollen und politische Motive verfolgen, sind jene auf die Konsumierenden als Mittel des wirtschaftlichen Überlebens angewiesen. Von ihrer Seite aus mögen sich durchaus noch andere Motive geltend machen, doch erst wenn dem harten Zwang des Geldeinkommens Folge geleistet worden ist.

Freilich kann die augenscheinliche Solidarität der Konsument*innen auch durchaus eigennützige Motive haben. So etwa in jenen Fällen, wo die Produkte besonders begehrt sind und man diese am Markt kaum erhält (zum Beispiel Sortenraritäten). Auch die Aufweichung der Trennung zwischen Konsumierenden und Produzierenden, die mit der CSA verbunden wird, muss nicht unbedingt emanzipatorischen Charakter tragen. Diese Trennung wird auch von Ikea aufgehoben, wo die Kunden ihre Kästen selbst zusammenschrauben, oder auf einem Selbsternstecker. Und die früheren Tupperware-Parties haben durchaus Elemente einer sozialen Bewegung mit Eigenarbeit und emotionalem Engagement verbunden. Ikea und Tupperware sind freilich Großkonzerne.

Es stellt sich daher die Frage, unter welchen Bedingungen die Motive von Konsumierenden und Produzierenden zusammenpassen; und ob diese Bedingungen die Grundlage einer Solidarischen Landwirtschaft als gesellschaftliche Perspektive sein können. Dabei gilt es auch diese Motive selbst zu hinterfragen. Nicht alles, was zusammengehen will, geht auch zusammen. Auf der anderen Seite wäre zu eruieren, welche Voraussetzungen denn gegeben sein müssten, damit Konsumierende und Produzierende sich zum gleichen Wohle aller ergänzen, und zwar jenseits des Randphänomens, das CSA heute auch in ihren entwickeltsten Formen noch ist. Welche Struktur also schafft die Grundlage für eine stabile Solidarität zwischen diesen beiden Polen?

Antworten auf diese Frage lassen sich nicht am Reißbrett entwerfen, sondern nur im beständigen Versuch und der Reflexion von Irrtümern und Erfolgen entwickeln. Wichtig scheint dabei ein nüchterner Zugang zur eigenen Praxis, der Idealisierungen vermeidet. Wenn der Wunsch nicht gleich für die Wirk-

lichkeit gehalten wird, können Defizite ein Ansporn sein für das eigene Projekt.

Fragen an konkrete Projekte und die Ambivalenz von CSA

Wichtiger als fertige Antworten sind so betrachtet gute Fragen. Sie können einen Prozess fortlaufender Reflexion anleiten oder inspirieren. Hier sind einige Vorschläge für Fragen, die darauf abzielen, Projekte diskutierbar zu machen und gegebenenfalls Neues zu probieren:

- Ist der Markt in einem Projekt wirklich außer Kraft gesetzt?
- Wie weit geht Solidarität in einem Projekt im Ernstfall?
- Gibt es eine strukturelle Gleichheit zwischen Produzierenden und Konsumierenden, gibt es eine echte Mitsprache aller im Betrieb?
- Werden Strategien der Kund*innen-Bindung eingesetzt?
- Wenn ja, welche?
- Geht die Initiative nur oder vor allem vom Betrieb aus?
- Was unterscheidet das Projekt strukturell von einer herkömmlichen Produktion?

Es kann sein, dass der Wunsch, Landwirtschaft in einer CSA ganz anders zu machen als üblich, diese Fragen unverstänlich erscheinen lässt. Wie etwa kann es sein, möchte man vielleicht fragen, dass in einem CSA-Projekt Kund*innen-Bindung betrieben wird? „Wir wollen doch keine Kundinnen sein, und der Produzent ist wirklich an unserem Wohlergehen interessiert“, könnte die Antwort lauten – und das mag auch zutreffen.

Doch ein plakatives Gedankenexperiment hilft, die Frage nüchterner zu betrachten: Würde man die Produkte einer CSA auch kaufen, wenn der Produzent ein unkommunikativer Griesgram wäre, der weder eine Website betreibt noch Rezepte in die Lieferkiste legt, keine Feste veranstaltet und auch sonst keine Anstalten macht etwas anderes zu tun als Gemüse zu produzieren? Und umgekehrt: Würde eine solche Produzentin dann genügend Absatz für ihre CSA-Produkte finden? Tupperware ist ein krasses Beispiel, doch es zeigt, dass Gefühl und Beziehungen auch von kapitalistischen Betrieben

eingesetzt werden. In einer Marktwirtschaft dienen Beziehungen letztlich eben zumeist wiederum der Marktwirtschaft, und dem Zwang Einkommen zu erzielen.

Man kann die oben gestellten Fragen noch auf konkrete Problemstellungen eines Projekts zuspitzen:

- Bekommen auch die zu essen, die nicht zahlen können?
- Können sich nur Gutverdiener*innen eine CSA leisten?
- Gibt es Privateigentum an Boden und Maschinen?
- Wie würde das Projekt auf Peak Oil oder die nächste Bankenkrise reagieren?

Momentan scheint noch nicht klar, welche Richtung die CSA-Bewegung einschlagen wird. Wesentlich für eine positive Entwicklung von CSA im Sinn Solidarischer Ökonomie ist jedenfalls das Hinterfragen der Strukturen, die das Handeln in den Projekten bestimmen. Nur so könnte es im längeren Zeitverlauf und im größeren Kooperationszusammenhang gelingen, kapitalistische Strukturen und Prägungen zu überwinden. Das wäre für eine Solidarische Landwirtschaft von Nöten.

Die CSA-Bewegung ist in emanzipatorischer Hinsicht – wie jeder solcher Ansatz – ambivalent. Die Frage entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung, ob die CSA insgesamt, als gesellschaftliche Tendenz, nicht auch eine Art des vertieften Neoliberalismus ist, die eine Privatisierung von Agrarpolitik und eine Überwälzung von Risiken der Lebensmittelversorgung auf die Konsumierenden auf ihre Weise vorantreibt, und deren soziale Ungleichheit hinsichtlich Geld und Zeit fortschreibt.

Ebenso relevant ist die Frage, ob CSA-Projekte nicht mitunter auf sinnvolle Größenvorteile und eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Betrieben verzichten. Was heutigen CSA-Projekten in dieser Hinsicht als vernünftig gilt, setzt ja (relativ hohe) Geldeinkommen der Konsument*innen voraus, die auf bestimmte Vorteile der Arbeitsteilung verzichten können, weil sie es sich im wahrsten Sinn zu leisten vermögen. Sie konsumieren zudem wohl in der Regel viele Nahrungsmittel jenseits des in CSA-Betrieben üblichen Gemüse-Schwerpunkts, um ihren Kalorien- und

Proteinbedarf zu decken. Diese werden vielleicht konventionell, jedenfalls auf einem hohen Niveau nicht nur von Maschineneinsatz, sondern auch von Arbeitsteilung produziert und kaum auf Höfen, die quasi alles machen und anbauen.

Die CSA-Betriebe wiederum setzen zum Teil durchaus Lohnarbeit ein, die zudem schlecht bezahlt ist (wenngleich, wie in einem mir bekannten Beispiel, im kollektivvertraglichen Rahmen) und die Arbeit auch der Eigentümer erinnert mitunter an die für viele kleinbäuerliche Betriebe typische Plackerei. An all diesen Aspekten ist zu sehen, dass eine Rücknahme von Arbeitsteilung und damit der Produktivität in einer Marktwirtschaft buchstäblich ihren Preis hat. In einer Wirtschaftsweise jenseits des Marktes verlängert eine Rücknahme der Arbeitsteilung zwischen und innerhalb von Betrieben jedenfalls die Arbeitszeit und intensiviert die physische Anstrengung. Dies gilt auch für die Marktwirtschaft, mit dem Unterschied, dass sich dies dann in höheren Preisen ausdrückt.

Manchmal steht hinter dem Wunsch, möglichst viel selbst machen zu wollen und ursprünglich oder autark zu produzieren, wohl eher das Bedürfnis nach menschlicher Nähe und Naturerfahrung; vielleicht auch die Suche nach einer Unabhängigkeit von der krisenhaften kapitalistischen Gesellschaft. Krisensicherheit könnte jedoch eher in größeren als in kleineren Zusammenhängen aufgebaut werden. Es ist eine Art optischer Täuschung, wenn man klein mit krisensicher assoziiert. Tatsächlich waren auch vor dem Kapitalismus relativ krisensichere Gesellschaften niemals nur lokal organisiert.

So genügt in einem kleinen, auf sich gestellten Projekt eine einzige Missernte, die Erkrankung des Produzenten oder sonst eine Unwägbarkeit, um eine potenzielle Krisensituation zu provozieren. Das gilt für eine herkömmliche, marktorientierte CSA ebenso wie für eine Initiative nicht-kommerzieller Landwirtschaft. Normalerweise werden die Konsument*innen in diesem Fall auf den Supermarkt ausweichen und die Produzentin hoffentlich auf eine Versicherung zurückgreifen können. Die Vorfinanzierung der Produktion auf der Ebene des Einzelbetriebs, wie im

idealtypischen Modell der CSA, bietet keinerlei Versicherung gegen Risiken für die Konsumierenden. Dieser Ansatz unterschreitet das Niveau der Kooperation der Produzierenden in Versicherungen etwa gegen Hagel.

Schon an diesem einfachen Beispiel ist also zu sehen, dass Krisensicherheit auf jeden Fall eine Kooperation in einem Maßstab voraussetzt, der weit größer ist als eine einzelne CSA. Das liegt auch auf der Hand, wenn man an heute relativ einfache Produktionsmittel wie Traktoren denkt, die wohl niemand mehr missen will.

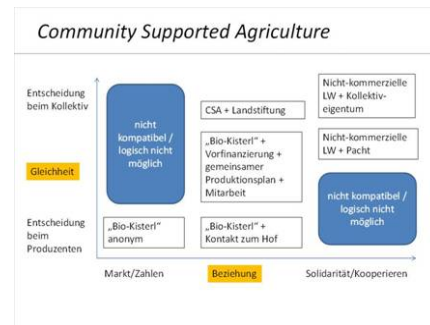
All diese Aspekte betreffen die Frage, inwieweit CSA-Projekte Schritte zu einer gesamtgesellschaftlichen Alternative zur heute üblichen Landwirtschaft sein können. Eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang aber ist, ob CSA wirklich die im Kapitalismus vorherrschende Form der Landwirtschaft überwinden kann, solange sich der Boden, das wichtigste agrarische Produktionsmittel, sowie der Hof, Maschinen und Betriebsmittel im Privateigentum befinden: entweder der Betriebe selbst oder der Verpächter. Pachtverhältnisse sind von Haus aus auch ungleiche Abhängigkeits- und Machtverhältnisse und gehen mit Solidarität schwer zusammen.

Die zwei Dimensionen der CSA und ihre vielen Formen

Für eine genauere Diskussion verschiedener Formen von CSA in Hinblick auf ihr transformatives Potenzial scheinen zwei Dimensionen wichtig, die in den Motiven der Konsumierenden immer wieder auftauchen: Beziehung und Gleichheit. Man kann CSA-Projekte einerseits entlang einer Achse abnehmender Bedeutung von Marktverhältnissen anordnen. Diese Achse spiegelt zugleich eine zunehmende Bedeutung von Solidarität und Kooperation. Denn Solidarität ist das Gegenteil des Marktes. Sie wird dort stärker, wo der Markt schwächer wird und umgekehrt.

Andererseits lassen sich verschiedene Projekte auch entlang einer Achse zunehmender sozialer Gleichheit sortieren: von einer Situation, wo allein die Eigentümerin oder der Eigentümer eines Betriebs Entscheidungen trifft bis

hin zu einem Projektzusammenhang, wo alle Beteiligten gleichermaßen in Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Diese Achsen zeigt die Abbildung unten.



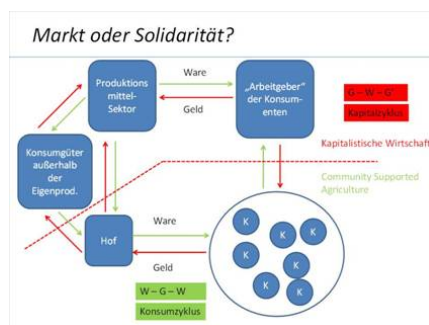
An dem einen Ende von Ungleichheit und Markt befindet sich das recht konventionelle Schema der Biokiste. Es beruht auf Anonymität und die Lieferung ist jederzeit kündbar. Viele würden diesen Ansatz vermutlich gar nicht zur CSA zählen, doch scheint die Grenze zu einem Modell von Biokiste, das einen gewissen emotionalen Bezug zum Produzenten beinhaltet, eher graduell. Und solche Projekte sind wohl eine relativ verbreitete, vielleicht sogar die dominierende Form von CSA. Die idealtypische CSA geht freilich einige Schritte weiter in Richtung von mehr Gleichheit in der Produktion. Relevant sind in dieser Hinsicht die Risikostreuung über eine Vorfinanzierung des Betriebs, die Möglichkeit der Mitarbeit der Konsumierenden, und ein gemeinsamer Produktionsplan.

Am anderen Ende von Gleichheit und Beziehung im Diagramm befinden sich Beispiele nicht-kommerzieller Landwirtschaft. Solche Ansätze können auf gepachteten Flächen realisiert sein oder auf Flächen, die im kollektiven Eigentum der CSA-Gruppe stehen. Ein Beispiel für den ersten Fall hat Jan-Hendrik Cropp beschrieben. [2] Die Initiative Bodenfreikauf in der Steiermark zielt auf nicht-kommerzielle Landwirtschaft mit Kollektiveigentum an Boden [3].

Markt oder Solidarität?

Jede CSA ist bis auf Weiteres Teil einer kapitalistischen Gesellschaft. Je enger ihr Zusammenhang mit dieser, desto stärker sind die unvermeidlichen Widersprüche in alternativen Ansätzen. Das betrifft in besonderem Maße die üblichen Formen von CSA, wo Produk-

tion und Verteilung geldorientiert erfolgen und kein Kollektiveigentum an Produktionsmitteln existiert. Dann wird der Widerspruch zwischen solidarischem Anspruch und marktwirtschaftlicher Realität besonders deutlich: Während das Verhältnis zwischen Konsumierenden und der Produzentin oder dem Produzenten mehr oder weniger solidarische Elemente aufweist, stehen beide Gruppen freilich unweigerlich und im überwiegenden Maße mit der kapitalistischen Wirtschaft in Kontakt, die gänzlich unsolidarisch agiert, wie die Abbildung unten zeigt.



Für die Konsumierenden und die kleinbäuerlich Produzierenden ist Geld ein Tauschmittel. Wenn Geld mit G bezeichnet wird und die Ware, zum Beispiel ein Sack Erdäpfel, mit W, dann gilt $W - G - W$. Die Lohnabhängigen verkaufen ihre (eigentlich nur fiktive) Ware Arbeitskraft (W) an Betriebe und erhalten dafür einen Lohn (G). Dieser ermöglicht ihnen den Kauf der Lebensmittel (W), unter anderem vom CSA-Betrieb. Im Konsumzyklus spielt Geld eine vermittelnde Rolle. Die Konsumierenden bezahlen die Lebensmittel, der Hof erhält ein entsprechendes Einkommen. Dies erlaubt ihm die erneute Produktion, die Lieferung von Ware und wiederum ein Einkommen.

Eine so genannte Geldwirtschaft entsteht allerdings überhaupt nur in einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel wenigen, scheinbar unabhängig voneinander Produzierenden gehören, der Rest zur Lohnarbeit für die Eigentümer dieser Mittel gezwungen ist, und der Stoffwechsel zwischen den Menschen deshalb indirekt, nicht durch Absprachen vermittelt wird. Das Geld als eine dominierende soziale Form ist also kein neutrales Medium zur Erleichterung von Tausch, sondern Resultat einer spezifischen Herrschaftsstruktur. Systematischer Warentausch ex-

istiert nur in einer Geldwirtschaft. Und das Geld ist ebenso Kapital für die Eigentümer wie es das notwendige Mittel für die Lebenshaltung der Lohnabhängigen und der kleinbäuerlichen Produzenten darstellt.

Die bestimmende Dynamik im Kapitalismus ist daher nicht $W - G - W$, sondern $G - W - G'$. G' bezeichnet dabei den Geldvorschuss der Produktion, der sich vermehrt hat, also einen Profit abwirft. Dieser Kapitalzyklus bestimmt den Konsumzyklus, den Bäuerinnen bzw. Bauern und die Konsument*innen der CSA zwischen sich vollziehen. Dies deshalb, weil der Konsumzyklus wie skizziert nicht aus sich heraus existiert, sondern ein vom Kapitalzyklus abhängiges Moment darstellt. Freilich, der CSA-Betrieb wirtschaftet, solange er keine Lohnarbeit einsetzt, nicht-kapitalistisch – denn Lohnarbeit ist das für den Kapitalismus charakteristische Produktionsverhältnis. Dennoch bleibt er Teil einer kapitalistischen Wirtschaft. Auch die scheinbar traditionelle kleinbäuerliche Landwirtschaft ist geschichtlich nur als Element einer kapitalistischen Wirtschaft zu verstehen. Was heute traditionell wirkt, gehört genauso zur Moderne wie das fabrikmäßig Moderne.

Solange ein Hof Produktionsmittel kauft und eventuell sogar Pacht bezahlt, bleibt er vom Kapitalzyklus abhängig und damit von den Krisen und Ungleichheiten des Kapitalismus. Dies gilt auch für die Konsumierenden, die ihre Geldmittel zur Unterstützung der CSA mit Lohnarbeit bzw. prekärer so genannter Selbstständigkeit erzielen müssen. Oder sie profitieren im seltenen Fall selbst von der Arbeit Anderer, wenn sie Unternehmer sind. Festzuhalten ist: Im Gesamtzusammenhang der Marktwirtschaft zählt Solidarität grundsätzlich nichts. Jeder Versuch, den Markt zugunsten von Kooperation und Solidarität zurückzudrängen, stößt daher auf viele Hindernisse. Dennoch ist genau das im Anspruch der Solidarischen Landwirtschaft formuliert.

Eine realpolitische Strategie Solidarischer Landwirtschaft in

Mitteleuropa

Wenn Initiativen für eine Solidarische Landwirtschaft perspektivisch dahin kommen sollen, den Warentausch zwischen Konsumierenden und Produzierenden durch Kooperation zu ersetzen, so läuft dies zuerst einmal auf eine Vergemeinschaftung der Produktionsmittel hinaus; im Unterschied zu einer Kollektivierung in größerem Maßstab, wenn man eine solche Strategie allein von den bestehenden Projekten der CSA her denken will. Die Vergemeinschaftung muss Hof, Maschinen, Betriebsmittel und Boden umfassen. Für konkrete Ansatzpunkte einer solchen Vergemeinschaftung gilt es zunächst einmal die sozialen Kräfteverhältnisse zu betrachten, die in einer CSA wirken.

Führen wir uns dazu die Struktur der Beziehung in einer CSA nochmals vor Augen: In der heute idealtypischen Form der CSA spielt de facto die Solidarität der Konsumierenden mit den Produzierenden die Hauptrolle. Die Konsumierenden verzichten auf Kostenvorteile, tragen eigene Arbeit bei, übernehmen einen Teil des Betriebsrisikos und manchmal Verwaltungsarbeiten. Die Produzierenden erfahren dadurch Erleichterungen, zumindest sofern sie tatsächlich auch Aufgaben an die CSA abgeben, was nicht alle Höfe gerne tun.

Dies bedeutet zweierlei: Erstens schränkt es den Kreis der CSA-Teilhaber*innen tendenziell auf privilegierte Bevölkerungsgruppen ein. Zwar bleibt noch auszuloten, welches Preisniveau ein CSA-Betrieb erreichen kann, wenn er auf gutem Standort technisch optimal wirtschaftet. Schließlich fällt der Zwischenhandel komplett aus. Im Schnitt sind die Lebensmittelpreise in der jüngeren Vergangenheit gestiegen und die Einkommen der Bauern und Bäuerinnen gesunken. Zwischen diesen beiden Tendenzen hat sich eine Schere aufgetan, die den wachsenden Profit des Zwischenhandels speist. Im Grunde sollte es möglich sein, sofern der Betrieb auf herrschendem Produktivitätsniveau wirtschaftet, die Preise der Lebensmittel in einer CSA zumindest auf Supermarktniveau zu halten und zugleich den Bäuerinnen und Bauern ein höheres Einkommen zu ermöglichen. In der Praxis haben jedoch vor allem unterproduktive Betriebe die größten

ökonomischen Schwierigkeiten und damit auch den stärksten Anreiz sich einer CSA zu öffnen. Die potenzielle Möglichkeit bleibt dann wohl zumeist Theorie.

Zweitens bedeutet die Struktur einer CSA, dass der Hof an marktwirtschaftlich definierter Selbstständigkeit einbüßt und sich potenziell mehr in soziale Beziehungen einbettet. Er wird zu einem wichtigen Teil von den Konsumierenden aktiv unterstützt, [4] noch dazu unter gewissem Verzicht auf bestimmte Vorteile, die der Markt ihnen bieten würde. Diese Entwicklung nun ist möglicherweise politisch für eine Solidarische Landwirtschaft relevant. Denn mit der Abhängigkeit des Hofes von direkten sozialen Beziehungen wächst auch die Möglichkeit der Mitsprache und der gemeinsamen Gestaltung.

Das Kräfteverhältnis zwischen Lohnabhängigen und den Bäuerinnen bzw. Bauern, das sich ansonsten hochgradig vermittelt über den Markt und die vielen darin involvierten Akteure ausdrückt, kommt hier in direkte Konfrontation. Als konfrontativ versteht sich CSA in der Tat nicht, die demgegenüber ja gerade Kooperation und Solidarität betont und lebt. Doch ist diese Kooperation wie zu sehen war durch den Markt gebrochen, und die Solidarität durch die Einbindung von Produzent wie Konsumentin in den Kapitalzyklus arg limitiert. Nüchtern betrachtet bleiben deshalb auch CSAs vorerst Teil des Machtverhältnisses zwischen diesen beiden sozialen Klassen, auch wenn davon abgegangen werden soll.

Dieses Machtverhältnis war lange Zeit nicht spürbar, ist aber manchen noch aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung. Damals waren Nahrungsmittel teils nur zu Wucherpreisen, gegen Naturalien oder Arbeitsleistung in der Art von Knechtschaft zu haben. In einer Situation sich verschärfender Krise wird die Verfügung über Land und andere agrarische Produktionsmittel wieder wichtiger werden. In Ländern wie Griechenland ist dies längst für nicht wenige eine Überlebensfrage. Wer über Land verfügt, und dazu über die Mittel und das Wissen selbst Nahrung zu produzieren, entgeht dem Hunger. Wer den Job verliert und das Pech hat in der Stadt zu leben, ist

davon jedoch nur allzu oft bedroht.

Die alleinige Verfügungsmacht der Höfe über ihre Produktionsmittel nimmt in dem Maße potenziell ab, als ihre Produktion in der CSA nun ersichtlich von der Mithilfe und der Subvention durch die Konsumierenden abhängt. Unter gewissen Voraussetzungen könnte diese strukturell neue Situation dazu führen, dass Konsumierende mehr Eingriffsrecht und Teilhabe einfordern. Ökonomisch wären sie dazu ähnlich legitimiert wie als Lohnabhängige in ihren Betrieben oder Aktionär*innen in ihren Aktiengesellschaften. Ohne diese grundverschiedenen Rollen hier gleichsetzen zu wollen: was sich darin ausdrückt ist die materielle Fundierung von demokratischer Mitbestimmung. Selbstverständlich kann diese Möglichkeit auch ungenutzt bleiben, wie die Lohnabhängigen in der Regel illustrieren.

Keinesfalls sollte man sich über die bei vielen, vermutlich den meisten Bäuerinnen und Bauern fest verankerte Ideologie der Selbstständigkeit hinwegtäuschen. Unter kapitalistischen Bedingungen gilt die Bäuerin geradezu als paradigmatische Kleinunternehmerin und versteht sich zumeist auch so. Der eigene Hof ist ja in der Tat die materielle Basis einer gewissen Autonomie. Viele Bauern fühlen sich daher heute auf den Status von Subventionsempfängerinnen wider Willen reduziert. Das politische Ziel vieler Kleinbäuerinnen und -bauern, über den Preis der eigenen Produkte ihren Lebensunterhalt zu erzielen, das heißt auf Subventionen zu verzichten, drückt neben anderen Motiven wohl auch den Wunsch aus, eigenständig und ehrlich, sozusagen von eigener Hände Arbeit leben zu können. Die Subvention wird als künstlicher Eingriff erlebt, der Preis solle demgegenüber die Wertschätzung gegenüber dem Produkt ausdrücken und irgendwie wahr sein.

Es wäre möglich, dass die CSA diese Illusion in zweierlei Hinsicht aufweicht, womit sie zur Weiterentwicklung Solidarischer Landwirtschaft beitragen kann: Sie zeigt praktisch die Abhängigkeit nicht nur des Konsumenten von der Produzentin, sondern auch die Abhängigkeit des Betriebs von der Solidarität der Konsumierenden. Dies unterminiert die Illusion der selbstständigen

Produktion, die eine hegemoniale Vorstellung im Kapitalismus ist und ihn ideologisch festigt.

Es ist zudem schwer einzusehen, warum gerade die Erde einer kleinen Gruppe von Menschen oder gar ein paar Stiftungen gehören soll, die selbst nicht von allen Menschen, sondern von Anleger*innen getragen oder gebildet werden. Zwar sind die Kleinbäuerinnen und -bauern und ihr Grundbesitz angesichts von Kirche, Staat und Großgrundeigentum sicher der geringere Faktor. Dennoch halten auch sie die Hegemonie des Privateigentums mit aufrecht, die Ansicht also, dass das so seine Richtigkeit hat.

Diese Position betrifft das politische Verhältnis zur Kleinbäuerlichkeit. Dieses Verhältnis muss sich in Mitteleuropa deutlich von zum Beispiel Afrika unterscheiden. Dort herrscht zumeist (differenzierter) kleinbäuerlicher Besitz vor, jedenfalls betreibt der bei weitem überwiegende Teil der Bevölkerung Landwirtschaft zur Subsistenz. Unter solchen Bedingungen unterstützt die Stärkung von kleinbäuerlicher Produktion und dörflicher Kollektivität unmittelbar demokratische Verhältnisse und das Recht auf Nahrung, weil fast alle auch Kleinbäuerinnen und -bauern sind. Das ist im globalen Norden mit seiner verschwindend kleinen Zahl von Bauern und Bäuerinnen völlig anders. Die Stärkung kleinbäuerlicher Produktion hat hier nicht notwendig und als solche gar noch nicht mit Demokratisierung, gesellschaftlicher Gestaltung und dem Recht auf Nahrung zu tun, wie es etwa häufig mit der Perspektive der Ernährungssouveränität verbunden wird.

Freilich gehört noch Weiteres zu einem Prozess Solidarischer Landwirtschaft, an erster Stelle eine Antwort auf die Frage, wie Menschen zu CSA-Nahrungsmitteln kommen, die nicht über Zeit und Geld verfügen. Viele arm Gemachte leiden unter einem drastischen Mangel an Beidem. Die notwendige Antwort lässt sich nicht einfach auf die klassische Forderung nach höheren Löhnen reduzieren. Diese Forderung ist zwar in gewissem Sinne nach wie vor richtig. Sie setzt jedoch gerade eine vergrößerte Autonomie der Lohnabhängigen voraus. Sich auch teilweise unabhängig vom Kapital reproduzieren zu

können ist zum Beispiel eine Voraussetzung um wiederkehrende und langfristige Streiks durchzuführen zu können.

In Hinblick auf die notwendige Alternative zum kapitalistischen System insgesamt greifen Lohnforderungen zu kurz, weil Löhne das Kapital voraussetzen. Die Entwicklung Solidarischer Landwirtschaft müsste also vielmehr mit der Entwicklung von Aneignungskämpfen der Lohnabhängigen zusammengedacht und auch praktisch zusammengebracht werden. Eine Losung in der Art von „dann müssen die Konsument*innen eben höhere Löhne fordern“ reicht nicht, um der Benachteiligung bestimmter auf Lebensmittel angewiesener Gruppen entgegenzutreten und diese gleichberechtigt in Solidarische Landwirtschaft einzubinden.

Eine sukzessive vergrößerte Mitsprache von CSA-Konsumierenden im Betrieb und eine Koppelung mit Initiativen der Überführung von CSA-Flächen in Gemeineigentum, das auf der Basis sozialer Gleichheit und jenseits repräsentativer Strukturen verwaltet werden müsste, sind noch nicht alle Komponenten einer Strategie Solidarischer Landwirtschaft in Verhältnissen wie in Österreich.

Die dritte Komponente ist davon relativ unabhängig, würde jedoch erst im Zusammenspiel mit den beiden zuvor genannten ihre größte Wirkung entfalten: der Aufbau von Kooperativen im Vorleistungsbereich der landwirtschaftlichen Betriebe. Eine solche Bewegung setzt eine schon große Zahl von CSA-Betrieben und entsprechendes politisches Bewusstsein sowohl bei den Produzenten als auch bei den Konsumentinnen voraus. Mit ziemlicher Sicherheit müsste sie auch eine Reihe juristischer Hindernisse bewältigen, die der Staat der kooperativen Selbstorganisation jenseits der verrosteten und konservativ-hierarchischen Genossenschaftsstrukturen entgegensetzt, wie sie etwa der Österreichische Genossenschaftsverband und – noch krasser – der Raiffeisenverband verkörpern.

Unmöglich wäre eine solche Entwicklung jedoch nicht. Synthetische Düngemittel oder Pestizide, so sie zum Einsatz kommen sollen, sind schwer in Kooperativen herzustellen, können aber

in Einkaufsgenossenschaften bezogen werden. Saatgut könnte von den Betrieben in sinnvoller Arbeitsteilung produziert und ohne monetär vermittelten Tausch wechselseitig weitergegeben werden. Dies wäre ein zentrales Element einer Gegenbewegung zur Einhegung der Gemeingüter durch den Kapitalismus und wird zum Beispiel von Jack Kloppenburg im Konzept der Open Source Seeds angesprochen. [5] Denkbar wäre auch, die Ergebnisse der Initiative Open Source Ecology [6] oder von Farmhack [7] auf ihre Anwendbarkeit in der Praxis zu befragen. Sollte die lokale Herstellung von einfachen landwirtschaftlichen Maschinen wirklich in großem Maßstab möglich sein, wie die Open Source Ecology glaubt, so wären auch kooperative Maschinenfabriken in Reichweite.

Die Auflösung der Illusion der Selbstständigkeit der Produzierenden bietet unter der Voraussetzung von mehr substanzieller Mitsprache der Konsumierenden noch eine weitere Perspektive. Die Praxis der CSA könnte auch zur eigentlich naheliegenden Frage inspirieren, warum nur auf der Ebene des Einzelbetriebs eine Planung der Produktion im Voraus erfolgt. Solange man eine gewisse Rolle von Marktverhältnissen unterstellen will, führt dies auch zur Frage, warum nur die einzelne CSA auf sich gestellt eine Vorfinanzierung bewerkstelligen soll; vor allem, wenn man die oben angesprochenen Risiken für die Konsumierenden bedenkt. Eine Kooperation zwischen CSAs, wie sie sich etwa im Rahmen der französischen AMAPs [8] zu entwickeln scheint, würde auch eine praktische Antwort auf diese Frage erlauben. Gerade bei Lebensmitteln wäre es sogar leicht möglich, die Jahresproduktion einer ganzen Region im Voraus zu planen, ausgehend von den Bedürfnissen der Konsumierenden.

Solche Fragen und daraus folgende Antworten setzen vermutlich eines voraus: dass Bedürfnisse nach der persönlichen Verbindung mit einem bestimmten Betrieb, die wohl häufig, neben anderen Gründen, zur Teilnahme in CSA-Projekten motivieren, zugunsten gesamtgesellschaftlich sinnvoller Kooperation in anderer Form Erfüllung finden als in einer Erweiterung der Selbstständigkeit-illusion durch partielle Hereinnahme

einer Gruppe von Konsumierenden in das Betriebsgeschehen; oder in einer paternalistischen bloßen Teilhabe eines Anlegers am Betrieb, wie eine Studie von Demeter es als Perspektive beschreibt. [9]

Anleihen könnte eine solche Bewegung am teilweise weitreichenden Genossenschaftswesen nach der Zwischenkriegszeit nehmen. Damals wie heute steht ein Klassenbündnis zwischen Bäuerinnenschaft und Lohnabhängigen auf der Agenda. Es müsste zu einer Aufhebung dieser Klassen, das heißt des monetär zwischen ihnen vermittelten Tausches sowie der damit gesetzten Eigentumsverhältnisse und ungleichen Abhängigkeitsverhältnisse führen.

Ein solches Bündnis zwischen Lohnabhängigen und Bäuerinnenschaft jedenfalls würde auf die tendenzielle Aufhebung des strukturellen Konflikts zwischen diesen Klassen abzielen, und damit auf die Aufhebung dieser Klassen selbst. Vielleicht könnte dies unter mitteleuropäischen Verhältnissen von einem weiterentwickelten CSA-Ansatz mit seiner oben skizzierten Potenz der stärkeren kooperativen Verschränkung von Produzierenden und Konsumierenden ausgehen. Ebenso wichtig wären gemeinsam entwickelte und vertretene Forderungen gegen Staat und Kapital.

[1] www.ochsenherz.at

[2] www.streifzuege.org

[3] www.bodenfreikauf.wordpress.com

[4] und zwar im Unterschied zur Anlage von Kapital wie im Modell der Demeter-Studie

[5] www.grain.org

[6] www.opensourceecology.org

[7] www.farmhack.net

[8] Association pour le maintien d'une agriculture paysanne (Vereinigung zum Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft)

[9] www.demeter.de

Andreas Exner: Geboren 1973. Studium der Ökologie. Gesellschaftskritischer Publizist, u.a. bei social-innovation.org aktiv.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei
der Autorin des Artikels